

Probleme der Obamacare

*Zusammenfassung der US-Berichterstattung für die Woche vom 4. bis zum 8. November
2013*

(Is) Die am meisten behandelten Themen in den amerikanischen Medien diese Woche sind die Debatte um die staatlich subventionierte Krankenversicherung „Affordable Care Act“ (ACA), sowie um die auftauchenden Probleme mit dem Start des Onlineportals dieser Gesundheitsreform, *HealthCare.gov*. Des Weiteren sind die Atomgespräche zwischen dem Iran und der Sechsergruppe aus UN-Vetomächten und Deutschland in den Medien häufig aufgetaucht. Außerdem diskutierte die amerikanische Presse die Ergebnisse der Gouverneurswahlen in den Staaten New Jersey und Virginia.

Die Gesundheitsreform des amerikanischen Präsidenten Barack Obama stößt zunehmend auf Kritik. Die Webseite *HealthCare.gov* hatte seit ihrer Einführung am 1. Oktober 2013 nicht richtig funktioniert, und viele Amerikaner verloren daher ihre privaten Versicherungspläne, obwohl Obama im Jahr 2010 versprochen hatte, dass die Bürger ihren bisherigen Versicherungsplan behalten können, wenn sie mit diesem zufrieden sind. Außerdem verlieren die Amerikaner mit dem entstandenen Chaos das Vertrauen in die sogenannte „Obamacare“. Präsident Obama gibt die Schuld für die technischen Komplikationen den IT-Firmen. Die *New York Times* dagegen meint, dass das mangelnde Management von Seiten der Regierung das Problem sei. Die Anzahl der Interessenten ist niedriger als erwartet, und die Finanzierung des Systems ist bedroht, weil es sich bei den Interessenten überwiegend um ältere und kranke Leute handelt, die eine größere finanzielle Last darstellen. Dies kann laut *The Wall Street Journal* Komplikationen für das ganze System bringen und auch dazu führen, dass die Versicherung letztlich für alle teurer wird. Die *Washington Post* meint, dass die Komplikationen der Webseite sowie die Abnahme der öffentlichen Zustimmung den Republikanern als Waffe gegen die Gesundheitsreform, die sie seit ihrem Entwurf im Jahr 2010 verhindern wollen, dient. Trotzdem denkt die *Washington Post*, dass, sobald die

Webseite repariert und andere Probleme gelöst worden sind, die Gesundheitsreform nicht mehr gefährdet ist.

Diese Woche finden die Gespräche zwischen dem Iran und den UN-Vetomächten und Deutschland in Genf statt. Dieses Ereignis galt als Durchbruch in dem langandauernden Streit zwischen dem Iran und dem Westen. Ende 2011 führten die USA härtere ökonomische Sanktionen gegen die iranische Regierung aufgrund ihres Atomprogramms ein. Die EU und andere UN-Staaten schlossen sich 2012 an. Die Sanktionen haben zur einer wirtschaftlich angespannten Situation in der Region geführt. In dieser Woche zeigten beide Verhandlungsgruppen, dass sie dazu bereit sind Konzessionen zu machen, und die Gespräche in Genf wurden vom internationalen Publikum positiv bewertet. Auf der einen Seite wollen die Vereinigten Staaten, so die *Washington Post*, dass der Iran schrittweise die Uran-Anreicherung aufgibt; dies soll mit einer limitierten Verminderung der ökonomischen Sanktionen belohnt werden. Die *Los Angeles Times* behauptet, dass der Iran auf der anderen Seite ein Ende der Sanktionen will, aber gleichzeitig sein Recht auf Uran-Anreicherung behalten will. Die *Washington Post* bezeichnet die Situation als vorteilhaft für die UN-Vetomächte Gruppe, denn die iranischen Politiker sind mit der wachsenden Unzufriedenheit des Volkes konfrontiert, während die UN-Vetomächte mehr oder weniger die öffentliche Zustimmung haben. Die *Los Angeles Times* bemerkt außerdem, dass beide Seiten sich auf die Struktur der Gespräche geeinigt haben, also ist der Weg zum endgültigen Abkommen frei.

In den amerikanischen Medien waren auch die Gouverneurswahlen ein Thema. In diesem Jahr haben die Bundesstaaten Virginia und New Jersey ihre Gouverneure gewählt. Die Wahlen sind deshalb interessant, weil sie die politische Stimmung des Landes widerspiegeln. In New Jersey hat der bisherige Gouverneur und Republikaner Chris Christie sein Mandat verteidigt. In Virginia hat der Gouverneur und Tea-Party Anhänger Ken Cuccinelli gegen den Demokraten Terry McAuliffe knapp verloren. Im Fall von New Jersey, denkt die *Washington Post*, haben die Wähler bei den Wahlen am 5. November gezeigt, dass sie Pragmatismus anstatt ideologischer Loyalität bevorzugen, indem sie Christie wiedergewählt haben. Gouverneur Christie gilt als der neue Typ der „mainstream“ Republikaner, die sichergestellt haben, dass sie in den ansonsten politisch stark gespaltenen Vereinigten Staaten mit den Demokraten kooperieren können. Die Medien haben daher auch häufig über seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen 2016 spekuliert. Trotzdem meint die *Washington Post*, dass solche Schlüsse noch zu voreilig sind, weil in den kommenden Jahren noch viele Kandidaten

der Republikaner auftauchen können. Die *USA Today* denkt, dass die Wahlen gezeigt haben, dass die amerikanische Wählerschaft die Kandidaten der politischen Mitte bevorzugt. Ken Cuccinelli hat viele kompromisslose Positionen zu Sozialhilfe und Rechten der Homosexuellen vertreten und wurde deshalb von dem Demokraten McAuliffe besiegt.

<http://www.nytimes.com/>

<http://www.washingtonpost.com/>

<http://www.usatoday.com/>

<http://www.latimes.com/>

<http://europe.wsj.com/>